

3.4 Vielfalt

Gestalten statt reagieren – Was wir von der Zivilgesellschaft für eine gelungene Digitalisierung lernen können

Julia Kloiber und Elisa Lindinger

Zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich seit Jahrzehnten für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung ein. Für sie ist Digitalisierung kein Mittel zum Zweck, sondern ein Werkzeug, mit dessen Hilfe wir auf eine soziale, gerechte und nachhaltige Digitalisierung und Gesellschaft hinarbeiten können. Während Technologiekonzerne heute den digitalen Fortschritt dominieren und die Politik in erster Linie versucht, sie reaktiv zu reglementieren, entwickelt die Zivilgesellschaft einen Gegenentwurf: Dieser sieht vor, digitale Technologien dem Gemeinwohl zu unterstellen. Dafür gestaltet sie Werkzeuge und erprobt neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Verbreitung von Wissen. Zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich für ein freies und offenes Internet und eine gerechte Digitalisierung ein, von denen möglichst viele profitieren. Dabei vertreten sie auch die Interessen von marginalisierten Gruppen und denjenigen, die von neuen Entwicklungen oft ausgeschlossen oder von negativen Auswirkungen betroffen sind.

In diesem Beitrag zeigen wir auf, wie zivilgesellschaftliche Organisationen Digitalisierung mitgestalten, welche Visionen sie antreiben und was Politik und Wirtschaft von ihnen lernen können, damit der digitale Wandel möglichst gemeinwohlorientiert gelingt und der digitale Fortschritt der gesamten Gesellschaft zugutekommt.

1 Die historischen Leitideen der Digitalisierung

Schneller, billiger, effizienter: Das sind Begriffe, die wir mit der Digitalisierung und Computern verbinden. Computer sind ein Mittel, um Prozesse effizienter zu machen, Geschäfte schneller zu erledigen und Transaktionskosten zu senken. Wie wir über die Gestaltung der Digitalisierung denken, ist stark geprägt von den Idealen des öffentlichen Dienstes des 19. Jahrhunderts.¹

In seinem Buch *The Government Machine* zeigt der Technikhistoriker Jon Agar,² dass der Computer letztlich das Produkt einer technokratischen Vision des Regierens ist, die sich ab dem späten 18. Jahrhundert in dem Versuch entwickelte, eine sich schnell verändernde Welt zu verwalten, indem sie so viele statistische und andere Informationen wie möglich sammelte. Der deutsch-US-amerikanische Informatiker, Wissenschafts- und Gesellschaftskritiker Joseph Weizenbaum³ sprach davon, dass der Computer von Beginn an »eine fundamental konservative Kraft« gewesen sei. Der Computer »hat die Rettung von Institutionen möglich gemacht, die andernfalls hätten verändert werden müssen«⁴. Als ein Beispiel nennt er das Bankenwesen in den USA, das in der Mitte des letzten Jahrhunderts aufgrund des schnellen Bevölkerungswachstums immer mehr Schecks verarbeiten musste. Für die Banken kam der Computer genau zur richtigen Zeit. Anstatt das bestehende System mit nicht-technischen Mitteln, beispielsweise sozialen Erfindungen, zu reformieren, wurde es mithilfe des Computers automatisiert. Der Computer festigte so, laut Weizenbaum, die Macht der alten Systeme. Dem Soziologen Armin Nassehi zufolge ist die Digitalisierung aus der Gesellschaft heraus entstanden und nicht als etwas Neues oder Fremdes hinzugekommen. »Wenn sie nicht zu dieser Gesellschaft passen würde, wäre sie nie entstanden oder längst wieder verschwunden.«⁵

Dem gegenüber beschreibt Weizenbaum, wie digitale Werkzeuge die Lösungen determinieren, zu deren Zweck sie eingesetzt werden: »Der Compu-

1 Vgl. <https://dingdingding.org/issue-2/what-the-enlightenment-got-wrong-about-computers/>

2 Agar, Jon: *The Government Machine. A Revolutionary History of the Computer*, MIT Press, 2003

3 Nach dem auch das erste öffentlich finanzierte »Internet-Institut« benannt wurde <https://weizenbaum-institut.de/>

4 <http://tech.mit.edu/V105/N16/weizen.16n.html>

5 Nassehi, Armin: *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*, C.H. BECK, 2019, S. 8.

ter war von Anfang an eine Lösung auf der Suche nach einem Problem.«⁶ Er wurde entwickelt, um eine sich schnell verändernde Welt zu managen. Anstatt Probleme an der Wurzel zu packen, sie in ihrer Komplexität zu durchdringen und ganzheitliche Lösungen zu erarbeiten, wird vorschnell zu technischen Lösungen gegriffen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Blockchain-Technologie, die auf unzählige Bereiche projiziert wird, von »Banking the Unbanked«, also dem Versuch, Menschen ohne Bankkonto den Zugang zum digitalen Zahlungsverkehr zu ermöglichen,⁷ bis hin zu Aufforstungsprojekten⁸ Hinter dieser Art zu denken steckt ein Phänomen, das als *Solutionismus* bezeichnet wird. Dabei werden alle Probleme so definiert, als ließen sie sich mit technischen Mitteln lösen.⁹

Der Computerpionier Douglas Engelbart verknüpft seine Kritik mit einer Aufforderung. Er spricht davon, wie die Menschheit zwar enorme technologische Fortschritte gemacht hat. Wie wir in der Lage sind, Wettervorhersagen zu berechnen, den genetischen Code zu knacken, kurz: Probleme zu lösen, die wir ohne die Rechenpower so nicht aufklären könnten. Doch trotz all dieser ganzen Errungenschaften haben wir laut Engelbart das wahre Potenzial von Computern noch nicht gehoben. Denn um komplexe Herausforderungen wie beispielsweise die Bekämpfung von Armut oder die Klimakrise zu bewältigen, braucht es mehr als Daten und Rechenpower. Es braucht Menschen, die zusammenarbeiten und ihre individuellen Problemlösungskompetenzen in Prozesse einbringen können. Engelbarts Meinung nach sollen uns Computer neue Wege der Kollaboration eröffnen. Sie sollen unsere Vorstellungskraft anfeuern und uns dabei helfen, unsere Kreativität voll auszuschöpfen. Das Internet und die damit verbundene Technologie bilden dafür eine gute Grundlage.¹⁰ Gleichzeitig entfernen wir uns immer weiter von den frühen Idealen des Internets, in dem jeder Nutzer und jede Nutzerin mitgestalten und entwerfen konnte. Die digitale Infrastruktur wird heute faktisch von großen Plattformbetreibern dominiert, deren Geschäftsmodelle auf der

6 <http://tech.mit.edu/V105/N16/weisen.16n.html>

7 Vgl. <https://www.forbes.com/sites/yayafanusie/2021/01/01/stop-saying-you-want-to-bank-the-unbanked/>

8 Vgl. <https://www.vice.com/de/article/7xjpkg/blockchain-probleme-die-schon-geloest-sind-bitcoin>

9 Vgl. Morozov, Evgeny: To Save Everything, Click Here: The Folly of Technological Solutionism New York: PublicAffairs 2013.

10 Vgl. <https://www.dougelbart.org/content/view/348/>

Sammlung und der Vermarktung von Nutzer*innendaten basieren.¹¹ Mit der wachsenden Macht der globalen Konzerne wird es immer schwieriger, sich der Plattformisierung zu entziehen und Alternativen zu bestehenden Systemen zu denken oder gar zu entwickeln.

2 Digitale Technologien im Spannungsfeld von Wirtschaft und Gesellschaft

Digitale Technologien und später auch das Internet waren zunächst Herrschaftstechnologien: Sie standen nur wenigen Menschen zur Verfügung, hatten ihrerseits aber teils fatale Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Deutlich wird das am Beispiel von Lochkarten, also frühen Datenträgern, die ab 1890 bei Volkszählungen weltweit zum Einsatz kamen und die oben beschriebene Leitidee der Effizienz repräsentierten. Die Folgen dieser frühen Digitalisierungswelle und der Verdattung von Menschen waren weitreichend: In seinem Buch *IBM and the Holocaust* zeigt der US-amerikanische Journalist Edwin Black,¹² dass die umfassende Datensammlung den Holocaust massiv beschleunigte, da Juden beziehungsweise Jüdinnen und Menschen jüdischer Herkunft über automatisierte Suchen in den Zensusdaten leicht identifizierbar waren. Die Politikwissenschaftlerin Virginia Eubanks liefert weitere Beispiele für Digitalisierung als Herrschaftstechnologie. Sie nimmt die Rolle von Computersystemen und Daten im US-amerikanischen Sozialwesen unter die Lupe nimmt und beschreibt, wie schon kleine Versäumnisse oder Fehler seitens der Verwaltung dazu führen, dass Menschen ihnen zustehende soziale Leistungen verwehrt bleiben und sie kaum eine Möglichkeit haben, die Situation zu ändern.¹³

Jahrzehnte nach diesen frühen digitalen Technologien entstanden die Vorläufer des heutigen Internets. Dieses hat seine Wurzeln im ARPANET, einem 1961 gestarteten Netzwerk von Rechenanlagen US-amerikanischer Militär- und Forschungseinrichtungen, die wertvolle Rechenressourcen und Wissen miteinander teilen, sich durch Dezentralität gegen feindliche

11 Siehe hierzu auch den Beitrag von Christian Stöcker in diesem Band.

12 Black, Edwin: *IBM and the Holocaust*. Expanded Edition, Dialog Press, 2012.

13 Vgl. Eubanks, Virginia: *Automating Inequality: How High-Tech Tools Profile, Police, and Punish the Poor*, New York: St Martin's Press, 2017.

Angriffen absichern wollten und deshalb ihre Großrechner vernetzten.¹⁴ Der Zugang zum frühen Internet – bis in die 1980er Jahre hinein – war deshalb vor allem wenigen militärischen und wissenschaftlichen Einrichtungen vorbehalten, und damit auch die Möglichkeit, diese neue Technologie mitzugestalten. Nicht wenige Internetprotokolle aus dieser Zeit werden noch heute verwendet.

Durch die zunehmende Verbreitung von PCs und den weltweiten Ausbau der Internetknotenpunkte nahm die wirtschaftliche Nutzung digitaler Technologien in den 1980er und 1990er Jahren enorm zu. Unternehmen begannen, die digitale Entwicklung weiter voranzutreiben und zu dominieren. Während in den frühen Zeiten der Digitalisierung und besonders von den Akteuren des ARPANET und anderer früher Netzwerke Software oft frei geteilt und gemeinschaftlich weiterentwickelt wurde – schließlich ging es genau darum, sich miteinander zu vernetzen –, erhielt nun proprietäre, das heißt geschlossene, Software einen enormen Aufschwung. Proprietäre Software ist durch technische und rechtliche Maßnahmen (wie Patent- und Urheberrecht) davor geschützt, bearbeitet und verbreitet zu werden. Ihr Siegeszug trug dazu bei, dass technische Systeme für die Benutzer*innen nicht transparent arbeiteten und damit nicht überprüfbar oder gar gestaltbar waren.

Dagegen regte sich bald Widerstand, zunächst aus der akademischen Forschung, die aus den frühen Zeiten offenen, also lesbaren, Quellcode und kollaborative Arbeit gewohnt war, auch wenn diese auf wenige, privilegierte Akteur*innen beschränkt waren. Daher entstand 1985 die Free Software Foundation¹⁵, die sich dafür einsetzt, dass Software mit bestimmten Rechten einhergehen muss: der Freiheit, Code zu verstehen, zu verwenden, zu verbreiten und zu verbessern.¹⁶ Mit der GNU General Public Licence wurde 1989 die erste freie Lizenz entwickelt, die diese Rechte sicherstellt. Software, die unter einer freien Lizenz erarbeitet wird, heißt deshalb auch *Freie Software*. In der Folgezeit entstanden zahlreiche weitere sogenannte offene Lizenzmodelle, weshalb heute meist von Freier und Open-Source-Software (FOSS) gesprochen wird, um dieses Phänomen zu beschreiben.¹⁷ Die Grundidee wurde auch auf an-

14 Vgl. Navarria, Giovanni: How the Internet was born: from ARPANET to the Internet. The Conversation, 2. November 2016. <https://theconversation.com/how-the-internet-was-born-from-the-arpamet-to-the-internet-68072>

15 <https://www.fsf.org/about/what-is-free-software>

16 <https://fsfe.org/freesoftware/freesoftware.de.html>

17 Zur Geschichte von Freier Software siehe auch Grassmuck, Volker: Freie Software – Zwischen Privat- und Gemeineigentum, bpb, 2007.

dere Kulturgüter übertragen. So können Werke wie Texte, Musik oder Videos mit offenen Creative Common Lizenzen einfacher geteilt werden.

Die Free Software Foundation war eine von mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in dieser Zeit entstanden und digitale Themen ins Zentrum ihrer Arbeit stellten.¹⁸ Die Forderung nach Transparenz technischer Systeme und sozial verantwortungsvoller Technikgestaltung ist seither nicht verklungen.

3 Eine starke Zivilgesellschaft als Basis für gemeinwohlorientierte Digitalisierung

3.1 Zivilgesellschaftliche Organisationen als Watchdogs und Policy-Expertinnen

Ein wichtiger Teil der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen ist die Kontrolle von politischen Prozessen. Als sogenannte Watchdogs beobachten sie sehr genau politische oder ökonomische Macht. Zivilgesellschaftliche Organisationen decken Missstände auf und erforschen die Auswirkungen neuer Technologien beispielsweise auf marginalisierte Gruppen. Sie schaffen Öffentlichkeit und geben Impulse für eine gemeinwohlorientierte Gestaltung. Ihre Arbeit ist eine Antwort »auf die Kontrolldefizite in einer globalisierten Welt, in der das Handeln selbst und seine Folgen kaum von den nationalstaatlichen Akteuren in den Blick genommen werden«.¹⁹ Die digitale Zivilgesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten um mehrere Schutzgüter organisiert: Sie hat sich zum Beispiel für den Schutz der Privatsphäre, gegen Überwachung, für Netzneutralität und Nutzer*innenrechte im Urheberrecht eingesetzt, um nur eine kleine Auswahl an Themen zu nennen. Sie vertritt die Interessen von Bürger*innen im digitalen Raum und macht sich für ihre Rechte stark. Mit ihrer Arbeit stellt sie sich gegen globale Konzerne, die aus Nutzer*innendaten maximalen Profit schlagen wollen, oder Regierungen, die ihre Bevölkerung mithilfe digitaler Werkzeuge überwachen. Sie klärt über komplexe Sachverhalte auf und trägt dazu bei, dass Themen öffentlich diskutiert werden. Ein aktuelles Beispiel aus dem letzten Jahr sind

18 Weitere Beispiele sind der Chaos Computer Club in Deutschland und die Electronic Frontier Foundation in den USA.

19 Speth, Rudolf: Machtkontrolle durch Watchdogs (F) SB 3/2018, S. 3).

die Corona-Warn-App und der Schutz der Privatsphäre von Bürger*innen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben maßgeblich zur Aufklärung rund um die Apps beigetragen und Regierungen dabei beraten, welche Protokolle in Hinblick auf den Datenschutz zu bevorzugen sind. So basiert die deutsche Corona-Warn-App auf einer offenen Software und dezentralen Speicherung personenbezogener Daten.

Organisationen der digitalen Zivilgesellschaft nutzen unterschiedliche Mittel, um ihrer Arbeit als Watchdog, Aufklärerin und Expertin gerecht zu werden. Kampagnen, wissenschaftliche Studien, Sitze in Beratungsgremien, strategische Klageführung – die Palette der Maßnahmen ist lang. Je nach Thema werden diese Maßnahmen auch kombiniert.

3.2 Die digitale Zivilgesellschaft als Übersetzerin und Sprachrohr

Kampagnen sind ein Mittel, um öffentliche Aufmerksamkeit auf ein Thema zu lenken und Druck auf Politik oder Konzerne auszuüben. Trotz der teils geringen finanziellen Ressourcen, die ihren Organisationen zur Verfügung stehen, hat die digitale Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren große netzpolitische Kampagnen auf die Straße gebracht und damit die Gesetzgebung in ungekanntem Ausmaß beeinflusst. Prominente Beispiele sind die globalen Aktionen gegen die US-amerikanischen Gesetzentwürfe SOPA²⁰ und PIPA²¹ sowie gegen ACTA, ein geplantes internationales Handelsabkommen. Mit diesen drei Vorhaben sollten unter anderem Urheberrecht und andere Schutzrechte für geistiges Eigentum international vereinheitlicht und die Rechtsdurchsetzung stark verschärft werden. Sie waren damit eine Gefahr für die kreative, auf Sharing und Remix bauende internationale Netzkultur. Als Teil einer globalen Kampagne²² blieben vielbesuchte Webseiten wie Wikipedia, Reddit, Google, Mozilla und Tumblr schwarz. Weltweit protestierten Menschen gegen die Abkommen²³ – mit Erfolg: Alle drei Vorhaben wurden auf Eis gelegt oder nicht ratifiziert.

Der Erfolg der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen im netzpolitischen Bereich fußt unter anderem darauf, dass sie abstrakte Policy- und

20 Patel, N.: What is SOPA and how does it work? The Stop Online Privacy Act explained. The Verge, 22.12.2011. <https://www.theverge.com/2011/12/22/2648219/stop-online-piracy-act-sopa-what-is-it>

21 https://de.wikipedia.org/wiki/PROTECT_IP_Act

22 <https://www.wired.com/2012/01/websites-dark-in-revolt/>

23 Vgl. <https://www.bbc.com/news/technology-16999497>

Technologiethemen so kommunizieren, dass sie einer breiten Masse an Menschen zugänglich werden. Mithilfe von Aufklärungskampagnen, Slogans oder Comics werden komplexe Inhalte so aufbereitet, dass die unmittelbaren Auswirkungen auf den Alltag deutlich werden. Im Fall von ACTA oder den Protesten rund um Upload-Filter war es die drohende Beschränkung der Freiheit im Netz, die Tausende Menschen mobilisierte. Neben der Aufklärung werden Bürger*innen Mittel und Wege aufgezeigt, wie sie aktiv werden können, seien es Aufrufe zu Anrufen bei Abgeordneten²⁴ oder der Versand von Aktionspaketen für lokale Proteste.²⁵

Eine solche Mobilisierung durch Skandalisierung einer abzulehnenden Maßnahme kann nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn die Zivilgesellschaft es gleichzeitig schafft, eigene Forderungen zu benennen und sich für bessere Lösungen einzusetzen.

3.3 Die digitale Zivilgesellschaft als Fürsprecherin von Minderheiten

Neben Netzneutralität oder Urheberrecht, die das gesamte Internet betreffen, konzentrieren sich zivilgesellschaftliche Organisationen auch auf Themen, von denen zunächst nur Teile der Bevölkerung betroffen sind. Denn häufig sind es Minderheiten und gesellschaftliche Randgruppen, die die negativen Auswirkungen neuer Technologien und Policies als Erste zu spüren bekommen. Die digitale Zivilgesellschaft untersucht deshalb auch Themen wie den Einsatz von automatisierten Entscheidungssystemen in Behörden oder von Überwachungstechnologie an Landesgrenzen.

So hat beispielsweise die Arbeit der polnischen Panoptikon Foundation²⁶ maßgeblich dazu beigetragen, dass ein Algorithmus zurückgezogen werden musste, mit dem die polnische Arbeitslosenbehörde Arbeitssuchende bewerten wollte.²⁷ Das polnische Ministerium für Arbeit und Soziales hatte das Bewertungssystem 2014 vorgestellt. Mithilfe des Informationsfreiheitsgesetzes und einem Gerichtsverfahren konnte die Panoptikon Foundation weitere Details zum Scoring-Verfahren des Systems in Erfahrung bringen. Das System sollte die Arbeitsagentur bei der Beurteilung von Fördermaßnahmen für arbeitssuchende Menschen unterstützen. Dazu wurden Arbeitssuchende von

24 Vgl. <https://ffii.org/contact-your-mep-over-acta/>

25 Vgl. <https://digitalegesellschaft.de/2012/05/hol-dir-jetzt-dein-acta-infopakett/>

26 <https://en.panoptikon.org/>

27 <https://en.panoptikon.org/articles/profiling-unemployed-poland-%E2%80%93-report>

dem System in Kategorien eingeteilt. Ein Kritikpunkt der Panoptykon Foundation war die mangelnde Transparenz. Denn die Kriterien, anhand derer Arbeitssuchende eingestuft wurden, waren nicht offengelegt und konnten sich jederzeit ändern. Zudem hatten Arbeitssuchende keine Möglichkeit, im Fall von Falscheinträgen ihr Profil berichtigen zu lassen.²⁸ Eine Untersuchung des obersten Rechnungshofes ergab, dass das System zu Diskriminierung führen kann, da Frauen und benachteiligte Bevölkerungsgruppen schlechter bewertet werden. Ende 2018 entschied das polnische Verfassungsgericht, dass der Umfang der vom System verwendeten Daten in einem Gesetz hätte festgelegt werden müssen. Damit kippte das Verfassungsgericht den Einsatz des Algorithmus.²⁹

3.4 Digitale Zivilgesellschaft als Expertin und Beraterin

Neben der Tätigkeit als Watchdog und als durchbremsendes Korrektiv sitzen zivilgesellschaftliche Organisationen auch in zahlreichen Beratungsgremien wie zum Beispiel der High-Level Expert Group on Artificial Intelligence³⁰ der Europäischen Kommission oder sind Teil von Multistakeholder-Prozessen wie beim Internet Governance Forum der Vereinten Nationen (IGF)³¹. Durch zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteure kommen beim IGF Perspektiven auf den Tisch, die in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik nicht oder nur sehr spärlich vertreten sind.³²

Auffällig ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen trotz der wichtigen Perspektiven, die sie einbringen, im Vergleich zu Wirtschaft und Wissenschaft nur einen geringen Teil in politischen Beratergremien ausmachen.³³

28 https://panoptykon.org/sites/default/files/leadimage-biblioteka/panoptykon_profiling_report_final.pdf

29 Vgl. <https://algorithmwatch.org/story/polnische-regierung-schafft-umstrittenes-scoring-system-fuer-arbeitslose-ab/>

30 <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/high-level-expert-group-artificial-intelligence>

31 <https://www.igf2019.berlin/IGF/Navigation/DE/Home/home.html>

32 <https://www.intgovforum.org/multilingual/igf-2019-approved-onsite-participants-statistics>

33 Ein Beispiel: Von 52 Akteuren der High-Level Expert Group on Artificial Intelligence kommen mit Vertreter*innen von Access Now und der Hilfsgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen Österreichs (nach dem Ausscheiden von AlgorithmWatch 2018) nur zwei Akteure aus der Zivilgesellschaft. <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/high-level-expert-group-artificial-intelligence>

Anders als große Unternehmen, die vielfältige Lobby-Anstrengungen verfolgen können, hat die Zivilgesellschaft verhältnismäßig geringe finanzielle Ressourcen, um langwierige Verhandlungen beobachtend zu begleiten und Gesetzesentwürfe innerhalb kurzer Fristen zu kommentieren. Im Fall des vierten, mehrere hundert Seiten starken Entwurfs für das IT-Sicherheitsgesetz, das massive Auswirkungen auf die Sicherheit informationstechnischer Systeme hätte, waren beispielsweise nur 28 Stunden zur Kommentierung durch externe Stakeholder vorgesehen.³⁴

4 Gemeinwohlorientierte Digitalisierung braucht Transparenz und Offenheit

4.1 Räume für digitale Öffentlichkeit

Mit der Digitalisierung verschiebt sich auch der Ort, an dem sich Menschen politisch informieren und weiterbilden, gesellschaftliche Diskurse austragen und Allianzen schmieden, zunehmend ins Digitale. Dort fehlt jedoch ein hinreichender Ersatz für einen öffentlichen Raum, denn die Kommunikationsplattformen sind größtenteils in privatwirtschaftlicher Hand. Sie sollen nicht den gesellschaftlichen Diskurs ermöglichen und fördern, sondern Gewinne erwirtschaften. So kommt es, dass auf Plattformen wie Youtube und Facebook Inhalte von staatlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Rundfunk bereitgestellt, diskutiert und verbreitet werden. Daraus ergeben sich verschiedene Probleme; beispielsweise stimmen die Rechts- und Wertemodelle der Plattformbetreiber*innen nicht mit einzelnen gesellschaftlichen und rechtlichen Normen überein.³⁵

Das Geschäftsmodell dieser Plattformen basiert auf Werbung und ist deshalb davon abhängig, dass Nutzer*innen möglichst lange auf ihnen verweilen. Um das zu erreichen, werden Algorithmen eingesetzt, die entscheiden,

34 Vgl. <https://www.fiff.de/presse/offener-brief-beteiligung>

35 Beispielsweise wird auf Facebook Nacktheit – insbesondere weibliche Nacktheit – so rigoros zensiert, dass sogar Kunstwerke betroffen sind und ein Austausch über sie unmöglich gemacht wird. Gleichzeitig wurden regional spezifische Straftatbestände wie z.B. die Leugnung des Holocaust von den Plattformen lange nicht unterbunden – erst 2020 verpflichtete sich Facebook, dagegen vorzugehen. <https://www.dw.com/de/facebook-l%C3%B6scht-erneut-kunstwerk-wegen-nacktheit/a-43048946> <https://about.fb.com/de/news/2020/10/weltweite-entfernung-von-inhalten-die-den-holocaust-leugnen/>

welche Inhalte den Nutzer*innen bevorzugt angezeigt werden. Studien belegen, dass sich durch diese Algorithmen Filterblasen bilden, die offenen Meinungsaustausch verhindern. Filterblasen und Empfehlungsalgorithmen können demnach zur Radikalisierung ganzer Szenen beitragen.³⁶

Mit der Verschiebung ins Digitale findet bürgerliches Leben zunehmend im Privaten statt, wo die Regeln nicht primär gesellschaftlich ausgehandelt werden. Mit diesem Wechsel zu privaten Plattformen ist der Zugang zur Öffentlichkeit und die eigene Sichtbarkeit für einige erschwert oder gar unmöglich gemacht worden. Diese Plattformen sind extra so gebaut, dass sie auf alten Betriebssystemen und leistungsschwächeren Smartphones nicht funktionieren. Sie benötigen eine große Internetbandbreite, die sich viele nicht leisten können. Menschen, deren audiovisuelle oder motorische Fähigkeiten eingeschränkt sind, haben oft Schwierigkeiten mit diesen Diensten. Die Technologie ist nämlich so optimiert, dass sie für eine kleine Gruppe von technikaffinen 20- bis 40-Jährigen, die gesund und wohlhabend sind, sehr gut zu handhaben ist; andere Teile der Gesellschaft sind aus wirtschaftlichen Gründen nicht interessant genug.

Zudem zensieren soziale Medien, aber auch Dienstleister wie der Videotelefonanbieter Zoom, Inhalte und Veranstaltungen auf ihren Plattformen,³⁷ darunter politische Diskussionen, die von Hochschulen ausgerichtet werden, oder schließen nach internen Regeln Kund*innen aus: Private Unternehmen entzogen der Enthüllungs-Plattform Wikileaks 2010 nach der Veröffentlichung geheimer diplomatischer Depeschen den Speicherort ihrer Webseite, ihre Domain sowie die Möglichkeit, digital Spenden entgegenzunehmen.

Aus all diesen Gründen sind private Plattformen derzeit nicht dafür geeignet, alleine Räume für die digitale Öffentlichkeit herzustellen – auch wenn es seitens der Europäischen Union Bestrebungen gibt, für mehr rechtliche Klarheit zu sorgen und die Plattformbetreiber zur Rechenschaft zu ziehen. Die Zivilgesellschaft versucht, dem mit unterschiedlichen Ansätzen zu begegnen. Dazu gehören Faktenchecks auf den Plattformen, die von gemeinnützigen Organisationen durchgeführt werden – im Fall von Correctiv sogar im

36 Vgl. Darby, Luke: Facebook Knows It's Engineered to »Exploit the Human Brain's Attraction to Divisiveness«, *gq.com*, 24. Mai 2020. <https://www.gq.com/story/facebook-spare-the-share>; Ribeiro, M. H., Raphael Ottoni, Robert West, Virgílio A. F. Almeida und W. Meira: »Auditing radicalization pathways on YouTube.« *Proceedings of the 2020 Conference on Fairness, Accountability, and Transparency (2020)*: n. pag.

37 Vgl. <https://www.insidehighered.com/quicktakes/2020/10/27/zoom-faces-more-allegations-censorship>

Auftrag des Plattformbetreibers Facebook.³⁸ Andere entwickeln alternative Technologien unter offenen Lizenzen, die zivilgesellschaftliche Organisationen und öffentliche Einrichtungen selbst betreiben können, um weniger auf proprietäre, privatwirtschaftliche Plattformen angewiesen zu sein. Beispiele gibt es viele, Nutzer*innen allerdings nur wenige: Mastodon, eine Open-Source-Alternative zu Twitter, ist eine solche Technologie. Dabei ist nicht nur die Lizenz offen im Sinne des Gemeinwohls, sondern auch der Aufbau: Das Netzwerk besteht aus vielen verschiedenen Instanzen, die von Einzelpersonen oder Organisationen betrieben werden können und die untereinander vernetzt sind, aber nicht zentral gesteuert werden. Auch ohne Internetverbindung funktioniert die Chat-App Briar, die auf lokale Mesh-Netzwerke (wie lokales WLAN, Bluetooth) zurückgreifen kann und sich zudem Sicherheit und Datenschutz auf die Fahnen geschrieben hat. Open-Source-Alternativen zu kommerziellen Plattformen im Bildungsbereich sind beispielsweise Moodle und Big Blue Button.

4.2 Zugang zu Wissen, offene Daten und Partizipation

Wie Douglas Engelbart in seinem eingangs erwähnten Vortrag beschreibt, haben Internet und digitale Werkzeuge großes Potenzial, gemeinsam Probleme zu lösen und zu kollaborieren. Neben kommerziellen sozialen Netzwerken sind in den letzten Jahren auch einige Partizipationsplattformen entstanden, auf denen Bürger*innen sich politisch beteiligen können. Sie können online über Bürger*innenhaushalte abstimmen³⁹ und Gesetzesentwürfe kommentieren. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben diese Bewegung von Anfang an vorangetrieben. Denn die Grundlage für politische Mitbestimmung, gesellschaftliche Gestaltung und damit auch für eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung ist der Zugang zu Informationen und das Vertrauen in demokratische Prozesse. Zivilgesellschaftliche Organisationen waren Vorreiter*innen darin, den gesellschaftlichen Mehrwert von offenen Daten anhand von digitalen Werkzeugen zu demonstrieren. Erst nach jahrelangem Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen ist Deutschland der Open Government Partnership beigetreten und hat sich damit zu offenem Regierungshandeln

38 Vgl. <https://correctiv.org/faktencheck/>

39 Vgl. https://www.deutschlandfunk.de/wenn-buerger-politik-gestalten-barcelonas-erfolg-mit-der-795.de.html?dram:article_id=471680

verpflichtet.⁴⁰ Dabei ist der Zugang zu offenen Daten eine Grundlage für informierte Entscheidungen von Bürger*innen, die zum Beispiel anhand von Finanzdaten nachvollziehen können, wie öffentliche Gelder verwendet wurden.

So ermöglicht das Online-Portal *KleineAnfragen.de*⁴¹ beispielsweise einen einfachen Zugang zu Informationen. Über diese zivilgesellschaftliche Plattform werden die namengebenden Kleinen Anfragen – also formal eingereichte Anfragen von Abgeordnet*innen in Bundes- und Landesparlamenten in Deutschland – bundesweit archiviert und über eine Volltextsuche verfügbar gemacht.⁴² Ein Beispiel aus Taiwan zeigt, wie erfolgreich solche Angebote sein können, wenn sie Unterstützung von staatlichen Stellen erhalten: Die taiwanesishe Civic-Tech-Community *gov zero*⁴³ hat die Plattform *vTaiwan* entworfen, auf der Vorschläge für die Gesetzgebung rund um die digitale Wirtschaft gesammelt, diskutiert und abgestimmt werden. Seit dem Start von *vTaiwan* im Jahr 2015 haben sich mehr als 200.000 Menschen auf der Plattform beteiligt. Auf Basis der Vorschläge aus den Beteiligungsverfahren wurden 26 Gesetzesentwürfe des taiwanesischen Parlaments verabschiedet.⁴⁴ Die Plattform wird von der Digitalministerin und vom Parlament gefördert.

40 Vgl. <https://opengovpartnership.de/beitritt-deutschlands-zur-open-government-partnership-wie-geht-es-weiter/>

41 <https://kleineanfragen.de/>

42 Eine solche Suche ist nicht nur für Journalist*innen und Bürger*innen interessant, sondern auch für Verwaltungsangestellte, die Informationen aus den Antworten auf diese Anfragen benötigen. *KleineAnfragen.de* wurde 2014 von einem Freiwilligen entwickelt. Das ehrenamtliche Projekt, wurde maßgeblich auch von Mitarbeiter*innen aus der öffentlichen Verwaltung, sowie Politiker*innen genutzt, die in den Dokumenten Informationen fanden, die sie für ihre Arbeit benötigen. Nachdem die Dokumente der kleinen Anfragen von Seiten der Verwaltung auch nach jahrelangem Nachfragen der Zivilgesellschaft, nicht über eine maschinenlesbare Schnittstelle bereitgestellt wurden, wurde der Aufwand Seitens der Ehrenamtlichen zu groß und das Portal musste mit 31.12.2020 eingestellt werden <https://kleineanfragen.de/info/stilllegung>

43 <https://gov.asia/>

44 Vgl. <https://www.nesta.org.uk/report/using-collective-intelligence-solve-public-problems/>

5 Digitale Grundsicherung geht vor Spitzentechnologie

Neben ihrer Tätigkeit als kritische Kommentatorin und beratende Instanz zu Digitalisierungsthemen betätigt sich die digitale Zivilgesellschaft auch aktiv daran, die digitale Transformation der Gesellschaft voranzutreiben: Sie entwickelt Anwendungen, stellt Datensätze bereit und bietet digitale Dienste ganz unterschiedlicher Art an. Dabei tritt sie nur scheinbar in Konkurrenz zu öffentlichen Angeboten oder der Wirtschaft. Die Angebote aus der Zivilgesellschaft folgen nämlich anderen Zielsetzungen und Werten: Ihr geht es darum, durch digitale Angebote eine Grundversorgung zu gewährleisten, die eigentlich von staatlicher Seite bereitgestellt werden müsste, wie die oben genannten Open-Data-Initiativen, Partizipations- und Transparenzangebote wie [KleineAnfragen.de](https://www.kleineanfragen.de) oder [abgeordnetenwatch.de](https://www.abgeordnetenwatch.de) zeigen. Sie befasst sich aber auch mit ganz grundlegenden Herausforderungen wie dem Zugang zum Netz. Sie überträgt damit das Konzept von Gemeinwohl ins Digitale und wird zur schützenden Instanz.

Ein Beispiel hierfür ist der Verein Freifunk⁴⁵, ein Netzwerk aus lokalen und regionalen Initiativen, die in Städten und Gemeinden freie Funknetze aufbauen und betreiben und so Menschen Zugang zum Internet gewährleisten. Hierfür entwickeln sie auch die notwendige offene Firmware und Software, um handelsübliche Geräte für ihre Netzwerke nutzbar zu machen. Freifunk ist die zivilgesellschaftliche Antwort auf zwei grundlegende Herausforderungen der Digitalisierung in Deutschland: Zum einen geht der Netzausbau immer noch nur schleppend voran und ist mit langwierigen, kostenintensiven Bauarbeiten verbunden. Mesh-Netzwerke lassen sich im Vergleich dazu schnell anlegen und können auch besser angepasst werden, wenn sich der Bedarf oder das Nutzungsverhalten vor Ort ändert. Zum anderen hat die rechtliche Lage dazu geführt, dass in Deutschland weniger offene WLAN-Netze angeboten werden als in anderen Ländern. Im Rahmen der sogenannten Störerhaftung konnten Betreiber*innen solcher Netzwerke rechtlich belangt werden, wenn aus ihrem WLAN-Netz beispielsweise nicht-lizenzierte Kopien von Filmen oder Musik heruntergeladen wurden. Einzig die Freifunk-Initiative nahm das Risiko auf sich und lieferte vielerorts das, was für die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft Grundvoraussetzung ist: freien Zugang zum Netz.

45 <https://freifunk.net/>

Freier Zugang bedeutet dabei nicht nur kostenloser Zugang. Basis des freien Zugangs sind zudem Werte wie das Recht auf Anonymität, Freiheit von Zensur, gemeinschaftliche Verwaltung des Netzes und eine nicht-kommerzielle Ausrichtung.

6 Open-Source-Software und Dienste als Fundament der digitalen Öffentlichkeit

Freifunk ist zweifellos das eingängigste Beispiel, wie die Zivilgesellschaft dafür sorgt, dass die digitale Grundsicherung gewährleistet wird. Aber auch zahlreiche andere Initiativen und Gruppen tragen dazu bei, indem sie, unter anderem, Open-Source-Software (wie den Browser Mozilla Firefox oder das Betriebssystem Linux) mitentwickeln oder digitale Dienste betreiben.

Auch sie folgen in ihrer Arbeit den oben aufgeführten Werten Freier und offener Software, die sie von gängigen kommerziellen Lösungen abhebt. Dazu gehört, die Software für möglichst viele Menschen nutzbar zu machen (durch offene Lizenzen), die Funktionsweise der Software nachvollziehbar zu machen (durch die Veröffentlichung des Quellcodes und reproduzierbare Builds) sowie offene Schnittstellen und Interoperabilität zwischen verschiedenen digitalen Anwendungen oder Plattformen (beispielsweise ActivityPub für interoperable soziale Netzwerke) zu gewährleisten. Durch diese Grundwerte wird es möglich, Dienste dezentral zu betreiben, wodurch die Nutzer*innen wiederum verhältnismäßig einfach zwischen verschiedenen Anbieter*innen dieser Dienste wechseln können.

Diese Anbieter*innen arbeiten zwar oft wirtschaftlich und sind somit nicht Teil der digitalen Zivilgesellschaft, haben ihre Wurzeln jedoch häufig in Community-Projekten und arbeiten eng vernetzt mit Ehrenamtlichen zusammen. Im Gegensatz zu den Softwareunternehmen, die auf proprietäre Software setzen, um Kund*innen an sich zu binden und im Wettbewerb zu bestehen, rücken Open-Source-Unternehmen häufiger nachhaltiges Wachstum sowie Kooperation und Austausch mit anderen Anbieter*innen in den Mittelpunkt.

Stärker zivilgesellschaftlich geprägt ist der Bereich Civic Tech, also die Entwicklung von digitalen Technologien für die Gesellschaft. Hinter Civic Tech stehen keine großen Unternehmen, sondern ehrenamtliche Softwareentwickler*innen, Designer*innen, Erfinder*innen und mehr. Sie erschaffen Anwendungen, die dem Gemeinwohl dienen und es den Menschen erleichtern

sollen, sich zu informieren, ihre Rechte wahrzunehmen und an politischen Prozessen teilzuhaben.⁴⁶ Sie entwerfen damit nicht selten Angebote, die eigentlich von öffentlichen Einrichtungen selbst bereitgestellt werden sollten, wie im Fall der oben beschriebenen gov-Community aus Taiwan. So üben sie einerseits Druck auf öffentliche Einrichtungen aus, ihr Angebot zu erweitern, zeigen andererseits aber auch gleich einen möglichen Lösungsweg auf.

Die digitale Zivilgesellschaft tritt also ganz unterschiedlich für die digitale Grundsicherung ein und setzt damit einen Gegenpunkt zur öffentlichen Förderpraxis, die sich mit wenigen Ausnahmen⁴⁷ auf Innovation und sogenannte Spitzentechnologien wie künstliche Intelligenz konzentriert. Allerdings kann es dauerhaft nicht die Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, eine digitale Grundsicherung zu gewährleisten. Dafür fehlen ihr die Mittel, der gesellschaftliche Auftrag und der notwendige Rechtsrahmen, wie das Beispiel Störerhaftung zeigt. Deshalb braucht es dringend einen kontinuierlichen Dialog zwischen staatlichen Einrichtungen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, der die grundlegenden Bedürfnisse der Gesellschaft bei der Digitalisierung in den Fokus nimmt, bestehende *digital gaps* aufzeigt, die zu Benachteiligung einzelner sozialer Gruppen führen, und Lösungen im Sinne des Gemeinwohls anstrebt.

7 Digitalisierung muss im Interesse der gesamten Gesellschaft gestaltet werden

Eine digitale Grundsicherung ist für eine lebendige, digital aktive und selbstbestimmte Gesellschaft elementar. Deshalb muss sich die Gestaltung der Digitalisierung an den Bedürfnissen der gesamten Gesellschaft orientieren. Dafür gibt es jedoch mehrere ganz praktische Hürden. Eine davon ist mangelnde Diversität: Wie schon bei den politischen Entscheider*innen und in der Wissenschaft sind auch in der Technologieentwicklung manche Gruppen über- und andere unterrepräsentiert. Am häufigsten diskutiert wird das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen. So waren 2018 nur 16,6 Prozent der in der IT-Branche Beschäftigten Frauen.⁴⁸ Menschen mit Behinderungen

46 Vgl. Prototype Fund: Civic Tech: Technologie für Bürger*innen. Medium, 7.9.2016. <http://medium.com/@prototypefund/civic-tech-technologie-f%C3%BCr-b%C3%BCrgerinnen-8ddf22c492#.42ov5a8ys>

47 Z.B. durch das Open-Source-Förderprogramm Prototype Fund.

48 Vgl. <https://de.statista.com/infografik/13283/frauen-in-der-tech-branche/>, <https://www.honeypot.io/de/women-in-tech-2018/>

machten 2015 weniger als 1 Prozent der IT-Auszubildenden aus.⁴⁹ Das deutsche Bildungssystem ist stark sozial selektiv und wenig durchlässig für Menschen, die nicht bereits aus einem akademischen Umfeld stammen.⁵⁰ Dadurch dürften auch unter Informatikstudierenden und studierten Entwickler*innen Menschen aus Akademikerfamilien überwiegen. Als immer noch relativ neues und stetig wachsendes Berufsfeld beschäftigt die IT-Branche auch wenig ältere Menschen. Kurz: Die Technologiebranche bildet nicht annähernd die pluralistischen Erfahrungen und Hintergründe der Gesellschaft ab. Sie verfügt schlichtweg nicht über das notwendige Wissen, um die Bedürfnisse verschiedener Gruppen mitzudenken, Produkte für alle zugänglich und nutzbar zu gestalten und Diskriminierung aktiv vorzubeugen. Zudem ist dieses Wissen oft nicht außerhalb individueller Erfahrungen verfügbar. Marginalisierte Gruppen sind nicht nur persönlich unterrepräsentiert, sondern auch in den Daten. Missstände, beispielsweise beim Einsatz datengetriebener algorithmischer Entscheidungssysteme, können deshalb häufig gar nicht objektiv dargestellt werden.⁵¹

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Menschen aus marginalisierten Gruppen repräsentieren, verbinden zunehmend ihre sozialen Inhalte mit digitalen Themen und werden damit zu den wenigen Interessensvertreterinnen, die sich für die Belange unterrepräsentierter Gruppen im Digitalbereich einsetzen. Durch die zunehmende Verbreitung und Relevanz algorithmischer Systeme sind in den letzten Jahren mehrere internationale Initiativen entstanden, wie die 2016 von der Informatikerin Joy Buolamwini gegründete Algorithmic Justice League,⁵² die das Diskriminierungspotenzial dieser Systeme aufzeigen und sich für eine transparentere Technikentwicklung einsetzen, die Chancengleichheit als Grundsatz hat.

49 Vgl. https://www.bonn-rhein-sieg-fairbindet.de/wp-content/uploads/2015/10/141031_PM_Inklusive_IT-Berufe.pdf

50 Vgl. <https://www.hochschulbildungsreport2020.de/chancen-fuer-nichtakademikerkin-der>

51 Vgl. die Beiträge von C. Hustedt, Leonie Beining und L. Jaume-Palasi in diesem Band.

52 Vgl. <https://www.ajl.org/>

8 Ausblick: Welche Wege eröffnen sich durch eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung?

Die Zivilgesellschaft macht vor, wie die Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls und der Gesellschaft gestaltet werden kann, wenn die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen und die Werte der Zivilgesellschaft auch an anderer Stelle gelebt werden.

8.1 Zivilgesellschaft als Visionärin und Treiberin

Die Arbeit als Korrektiv bindet derzeit noch viele begrenzte Ressourcen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Wenn ihre kontinuierlich vorgebrachten Forderungen (zum Beispiel die nach mehr Transparenz im öffentlichen Sektor oder echten Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Diskussionen) eines Tages Gehör finden, kann sich die Zivilgesellschaft verstärkt der aktiven Mitgestaltung der digitalen Zukunft widmen, indem sie neue Visionen einer Digitalisierung für die Gesellschaft entwirft und vorsorglich Vorschläge in digitalpolitische Debatten einbringt. So forderten 2020 zahlreiche Organisationen der digitalen Zivilgesellschaft: »Digitalpolitik, die das Gemeinwohl ins Zentrum stellt, lässt sich nur gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteuerinnen, Akteuren und Initiativen verwirklichen. Hierfür muss sich die Politik noch weiter für Vorschläge aus der Gesellschaft öffnen und diese in die Politikgestaltung miteinbeziehen.«⁵³ Wenn sich diese Einbindung nicht mehr auf eine rein kommentierende, erst zum Ende des politischen Prozesses einsetzende Scheinbeteiligung beschränkt, kann sie ihr volles Ideenpotenzial ausschöpfen und die politischen Debatten rund um Digitalisierung mit mutigen gesellschaftlichen Visionen ergänzen. Eine vielfältige und fachlich kompetente Zivilgesellschaft kann mit ihrer Expertise eine Lücke füllen, die seit Jahren in der deutschen Digitalpolitik klafft.

8.2 Nachhaltige und belastbare zivilgesellschaftliche Strukturen schaffen – durch neue Formen der Förderung

Die Zivilgesellschaft zeigt nicht nur, wo es an Förderung fehlt, wenn alleine an die Wirtschaft gedacht wird – sie macht auch vor, wie Förderung neu gestaltet werden kann. Aufbauend auf erfolgreichen Pilotprojekten wie dem Pro-

53 <https://digitalezivilgesellschaft.org/>

totype Fund⁵⁴ können andere Förder- und Investitionsprogramme getestet werden, die der digitalen Zivilgesellschaft eine längerfristige Planung und eine strategische Schwerpunktsetzung ermöglichen, statt auf kurzfristige, wenig nachhaltige Projektarbeit zu setzen. So können Organisationen gesellschaftlich relevanten Themen im Digitalbereich wie Barrierefreiheit, Zugang zu Informationen oder Nachhaltigkeit mehr Gewicht verleihen, statt politisch gewollten Digitalisierungstrends wie künstlicher Intelligenz folgen zu müssen. Eine solche Förderung könnte auch die Wirtschaft positiv beeinflussen, wenn sie die Zusammenarbeit von Stakeholdern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft forciert.

8.3 Offenheit und Diversität als Leitwerte für Digitalpolitik

Was die Arbeit der Zivilgesellschaft im Digitalbereich – und darüber hinaus – auszeichnet, sind die ihr zugrunde liegenden Werte. Dazu gehört allen voran Offenheit: Die offene, transparente Arbeitsweise ermöglicht es, sich kontinuierlich zu vernetzen, voneinander zu lernen, gemeinsam Strukturen aufzubauen und Ressourcen klug zu nutzen. Nicht zuletzt deshalb fordert die Zivilgesellschaft eine vergleichbare Offenheit von Politik und Wirtschaft, insbesondere dort, wo diese Werkzeuge oder Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung umsetzen – sei es in Form von offenen Daten, Transparenzberichten oder Open-Source-Anwendungen. Schafft sie es, sich mit dieser Forderung Geltung zu verschaffen, ist eine im Sinne des Gemeinwohls gestaltete Digitalpolitik ebenso möglich wie innovatives, digitales Sozialunternehmertum, das auf nachhaltige Geschäftsmodelle setzt und eine digitale Gesellschaft besonders für unterrepräsentierte und benachteiligte Gruppen besser macht und nicht nur für die Interessen einer finanziell starken Minderheit.

8.4 Digitale Souveränität neu denken

Die genannten Entwicklungen sind eine notwendige Grundlage für eine digitale Souveränität, wie sie das Kompetenzzentrum Öffentliche IT definiert: »Digitale Souveränität ist die Summe aller Fähigkeiten und Möglichkeiten von

54 Bei diesem öffentlichen Open-Source-Förderprogramm, das von einer zivilgesellschaftlichen Organisation begleitet wird, steht statt der Technologie die gesellschaftliche Herausforderung im Mittelpunkt.

Individuen und Institutionen, ihre Rolle(n) in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können.«⁵⁵ Nur mit aktiver Mitwirkung der Zivilgesellschaft, mit vorausschauender Gestaltung und vielfältigen Visionen in der Digitalpolitik und der Technologieentwicklung können wir sie erreichen.

55 Goldacker, G.: Digitale Souveränität, Berlin 2017, S. 3. <https://www.oeffentliche-it.de/documents/10181/14412/Digitale+Souver%C3%A4nit%C3%A4t>